

Deutschland/Migrationspolitik/Jugendkriminalität

Vorsicht mit Vorurteilen

Zentralrat der Serben in Deutschland äußert Kritik an der aktuellen Diskussion um kriminelle ausländische Jugendliche – Polarisierung der Gesellschaft angeprangert – Statistische Untersuchungen werden zu Gunsten von politischen Vorteilen ausgelegt

Hamburg, 15.01.2007 (ZSD) – Der Zentralrat der Serben in Deutschland (ZSD) hat in scharfer Form die Diskussionsführung in Zusammenhang mit kriminell gewordenen ausländischen Jugendlichen in Deutschland verurteilt. „In der vor allem und offensichtlich wahltaktisch motivierten Debatte wird in unredlicher und schädlicher Weise mit Unterstellungen und Verzerrungen gearbeitet, die nicht nur geeignet sind, Vorurteile gegenüber ausländischen Mitbürgern zu wecken, sondern die es auch auf längere Sicht enorm erschweren, eine sinnvolle Integrationspolitik zu betreiben“, schrieb der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende Dejan Perc an den hessischen Ministerpräsidenten und Spitzenkandidaten der hessischen CDU bei den bevorstehenden Landtagswahlen, Ronald Koch.

Erfolge, die in letzter Zeit in der breit angelegten Integrationspolitik zu verzeichnen sind, werden fahrlässig zunichte gemacht und in Frage gestellt, schrieb er weiter. Es wird insbesondere durch die Beiträge des hessischen Ministerpräsidenten Koch der Eindruck erweckt, als sei ein Großteil der straffälligen Jugendlichen ausländischer Herkunft von Grund auf kriminell. Koch nehme es zumindest billigend in Kauf, dass sich dieser Eindruck in der Bevölkerung bereits festgesetzt hat und nutze diese Atmosphäre für sich.

Diese populistische Auseinandersetzung verschließt dabei die Augen vor einer wichtigen Tatsache:

- Wenn behauptet wird, der Anteil ausländischer Jugendlicher betrage 50 % aller kriminellen Jugendlichen, dann wird außer Acht gelassen, dass in den Großstädten Deutschlands bereits ein Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe von 40 bis 50 Prozent besteht.

Wissenschaftliche Studien haben zudem nachgewiesen, dass es keinen signifikanten migrationspezifischen Unterschied zwischen deutschen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hinsichtlich der Kriminalitätsrate gibt.

Erklärender und damit beeinflussender Faktor ist vielmehr der sozialökonomi-

Zentralrat der Serben in Deutschland
Централни савет Срба у Немачкој

Rechtsform:
Eingetragener Verein
des deutschen Rechts

Registergericht:
Hamburg
Registernummer:
VR 19168

Vorstand:
Prof. Dr. sci. med. Stojanka Aleksić
Dipl.rer.com. Dejan Perc
Dipl.Ing. Svetislav Andjelković
Dipl.Ing. Dalibor Jerinić
Milan Čobanov, M. A.
Priv. Doz. med. Vladan Milović
prof. (SU) Nada Tešanović
stud. jur. Zoran Živković
Dipl.Ing. Violeta Vučković
Jonel Staub-Stanišić
Ivan Bajković
Dipl.Ing. Zoran Gordić
Vida Vučković

Hauptgeschäftsstelle:
Spökelberg 12
22117 Hamburg

Postanschrift:
Postfach 74 01 66
22091 Hamburg

Tel.: +49 (0) 40 – 7 31 45 58
Fax: +49 (0) 40 – 7 31 45 58
E-mail: kontakt@zdsd.de

www.zentralrat-der-serben.de

Bankverbindung:
Hamburger Sparkasse
Bankleitzahl 200 505 50
Kontonummer 1 008 220 434

Der Verein ist gemäß Bescheid
des Finanzamtes Hamburg
vom 16.02.2007 ausschließlich
und unmittelbar gemeinnützig,
sowie besonders förderungswürdig.

sche Status: Kriminelle Jugendliche kommen überdurchschnittlich häufig aus sozial benachteiligten Schichten. Die Staatsangehörigkeit spielt hierbei keine Rolle. Da aber Familien mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft Angehörige sozial benachteiligter Schichten sind, ist hier eine höhere Kriminalitätsrate feststellbar, schreibt der ZSD.

Diese Tatsachen müssten in die Diskussion mit einfließen, um sich der Lösung der Probleme anzunehmen. Insoweit schließt sich der ZSD der Analyse des Direktors des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer, an, dass es sich bei der Jugendkriminalität nicht um ein Ausländerthema, sondern um ein Unterschichtenthema handelt.

Alle Gewalttaten gegenüber der Bevölkerung werden vom ZSD ausdrücklich verurteilt und missbilligt; unabhängig davon, ob sie von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Fußballrowdies oder Neonazis begangen wurden. Ihre Taten sollen von keiner Seite relativiert werden und die Bevölkerung müsste von diesen Außenseitern geschützt werden, schreibt der ZSD.

Die unbestreitbar hohe Kriminalitätsrate sei genügender Anlass für alle Verantwortlichen, tätig zu werden. Die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten reichten nach Auffassung des ZSD für die Ahndung und Bestrafung vollkommen aus. Deshalb sei es nicht angebracht, nachdem Deutschland politisch nun endgültig als Einwanderungsland anerkannt wurde, den Zugezogenen und zum Teil Eingebürgerten ständig mit Ausweisung zu drohen, schreibt Perc.

Der ZSD fordert deshalb alle Verantwortlichen dazu auf, die an den Tatsachen vorbei geführte Diskussion zu beenden und sich den wahren Ursachen zuzuwenden. Hier sollten alle an einer guten und erfolgreichen Integrationspolitik interessiert sein. Einer Integrationspolitik, welche sich für eine gleichberechtigte Schul- und Berufsausbildung sowie Beschäftigung von jungen Menschen in Schulen und Betrieben ohne Unterscheidung und Diskriminierung nach Herkunft und Rasse einsetzt, appelliert der ZSD in seinem Brief an den Ministerpräsidenten Ronald Koch abschließend.

Der Zentralrat der Serben in Deutschland (ZSD) wurde 2006 in Hamburg gegründet. Bisher haben über 80 Migrantenselbstorganisationen der Serben ihre Mitgliedschaft angemeldet.

Der Zentralrat arbeitet auf Bundesebene und versteht sich als breit gefächertes Diskussionsforum der Einwanderer aus Serbien in Deutschland. Er erörtert die Situation der serbischen MigrantInnen, formuliert Positionen und setzt sich

3

ein für die Lösung ihrer Probleme in Bereichen wie Schul- und Berufsausbildung, Arbeitslosigkeit oder Vereinsamung im Alter. Gleichzeitig sieht der Zentralrat den Erhalt der Muttersprache sowie der kulturellen Wurzeln und der Tradition unter den Serben in Deutschland in einer multikulturellen Gesellschaft als erstrebenswert. Der Zentralrat wendet sich in seiner inhaltlichen Arbeit und seinen Aktivitäten vornehmlich dem Einwanderungsland und der Mehrheitsgesellschaft zu.

182 Zeilen, max 72 Bruttoanschläge
6642 Bruttoanschläge (mit Leerzeichen)

Pressekontakte:
Milan Cobanov (Vorstandssprecher), + 49 (0) 1 62 – 1 34 26 33